

Brennpunkt

Ein Jahr nach dem »Euromaidan«: eine Bilanz

GERD WEIDENHAUSEN

Für diejenigen inner- und außerhalb der Ukraine, die die Maidanbewegung mit dem darauf folgenden Sturz Viktor Janukowitschs mit positiven Erwartungen und Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Ukraine unter dem Dach EU-Europas begleiteten, lohnt sich eine rückblickende Einschätzung der Lage ebenso wie für diejenigen, die dieser Art »demokratischer Revolution«, aus welchen Gründen auch immer, von Anfang an skeptisch gegenüberstanden. Da der gewaltsam herbeigeführte »Wandel« in der Ukraine mit einer gehörigen Portion an Werteideologie flankiert wurde, stehen diese Werte und deren Epigonen angesichts des Fortgangs der Entwicklungen in und um die Ukraine vor einer Glaubwürdigkeitsfrage. Diese kann nicht dadurch ernsthaft erörtert werden, indem man alleine Russland für die innenpolitische Lage in der Ukraine verantwortlich macht oder gar die Komplexität und Spezifik des seit Beginn der 1990er Jahre existierenden ukrainischen Gesellschaftsmodells unter der simplifizierenden Deutung eines heldenhaften Freiheitskampfes des Euromedian versteckt. So drängen sich folgende Fragen auf, wenn man Bilanz ziehen will: Was hat der Umsturz in der Ukraine der Bevölkerung seither wirtschaftlich, politisch und vom gesamten Lebensstandard her gebracht? Wurden die mit diesem Umsturz und angeblichem Systemwechsel verbundenen Wünsche und Ziele der Maidanaktivisten – zumindest in Ansätzen – verwirklicht oder setzt sich – unter neuen Namen und unter lediglich ausgetauschtem Personal – der vertraute Etikettenschwindel fort, der die ukrainische Gesellschaft seit der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates 1991 im Grunde immer wie-

der von Neuem zum Spielball oligarchischer Sonderinteressen und zum Streitfall und Objekt ausländischer Interventionen gemacht hat?

Diese Fragen stellen sich nach mehr als einem Jahr des Regierungswechsels ebenso wie die nach den spürbaren Veränderungen in der europäischen Gesamtordnung oder – weiter gefasst – die nach dem Verhältnis des Westens zu Russland. Nimmt man eines der zentralen Ziele des EU-Einigungsprojekts beim Wort, dass in Europa nie wieder Krieg möglich sein solle, so ist zu fragen, welche Fehler und Versäumnisse auf eigener Seite begangen wurden, die mit dazu beigetragen haben, dass genau jene Lage entstanden ist, die die gegenwärtige Tragödie in dem von Bürgerkrieg geplagten Grenzland zwischen Ost und West ausmacht. Und: Wie konnte aus der internen Ukrainekrise das schwierigste und auch gefährlichste Zerwürfnis zwischen dem Westen und Russland seit der Kubakrise 1961 entstehen? War das unumgänglich oder wäre es vermeidbar gewesen?

Oligarchenschacher statt Reformen?

Auf die Eingangsfrage, was von den zentralen Forderungen der Maidanaktivisten Realität geworden ist, kann bezüglich des politischen Personals, das diese Forderungen in die Praxis umzusetzen hätte, festgestellt werden, dass dieses sich so gut wie nicht aus der Maidan-Bürgerrechtsbewegung rekrutiert.¹ Zwar ist das oligarchisch-politische Personal des korrupten ehemaligen Präsidenten Janukowitsch größtenteils und – wie sich noch zeigen wird – vorübergehend abgesetzt worden und in der politischen Versenkung verschwunden, dafür aber lediglich

die Drei 5/2015

von alt-neuen Gesichtern einer nun zum Zuge kommenden oligarchischen Konkurrenzfraktion ersetzt worden. Bedenkt man, dass für die Mehrheit der Maidandemonstranten nicht alleine der Rücktritt Janukowitschs und seiner Netzwerke, sondern – neben der Anhebung des Lebensstandards – auch ein grundlegender Wandel des politischen Systems weg von einer korrupten Oligarchenherrschaft einschließlich ihrer politischen Handlanger hin zu einer transparenten, rechtsstaatlich verfassten politischen Ordnung das Ziel war, so können angesichts folgender Entwicklungen Zweifel am Erfolg des endgültigen Eintritts der Ukraine in ein neues Zeitalter von Demokratie und Wohlstand aufkommen:

Zunächst einmal waren die Probleme, die für die Maidanaktivisten ganz oben auf der Tagesordnung standen, wie aus einer Dezember 2013 veröffentlichten landesweiten Umfrage der »International Foundation for Electoral Systems« (Ifes) hervorging, Armut, Inflation, Arbeitslosigkeit, gefolgt von Korruption und marodem Gesundheitswesen. Für diese Probleme wurde, nicht zu Unrecht, die im Halbschatten der Legalität praktizierte Bereicherungspraxis der Oligarchen verantwortlich gemacht. Nach einem Jahr hat sich die Gesamtversorgungslage der Bevölkerung im Westen und in vom Bürgerkrieg geplagten Osten des Landes derart dramatisch zugespitzt, dass nur ein erneut aufgelegter 17 Milliarden-Kredit des IWF den Gesamtkollaps des Landes hinzuhalten verspricht. Die Ukraine steht am Rande eines Staatsbankrotts. Das wird – ohne statistisches Einzelmaterial bemühen zu müssen – auch daran deutlich, dass man sich gezwungen sieht, zum Strohalm der dubiosen Gründung einer »Agentur für die Modernisierung der Ukraine« zu greifen, die absurderweise maßgeblich genau von jenen ukrainischen Oligarchen finanziert werden soll, die im Verlauf der Abrechnung mit den alten, Janukowitsch nahe stehenden Oligarchen zum Inbegriff aller Strukturprobleme des Landes erklärt wurden: Rinat Achmetow, der milliarden schwere Pate des Donbass, und Dimitri Firtasch, zur Zeit wohnhaft in Österreich und von den USA wegen Korruptionsvorwürfen angeklagt.

Das Makabre an dieser Veranstaltung ist nun, dass die Oligarchencliquen um Petro Poroschenko und Igor Kolomojewskij, die nunmehr in der Ukraine das Sagen haben, ihre Exkonkurrenten Rinat Achmetow und Dimitri Firtasch in die Finanzierung dieser Agentur für die Modernisierung der Ukraine einbinden und damit rehabilitieren und politisch aufwerten. Und prinzipiell sagt es schon einiges über die gegenwärtigen politischen Verhältnisse in der Ukraine aus, dass mit Jazenjuk ein Exbanker und mit Poroschenko ein Exoligarch direkt und ohne die früher übliche vermittelnde Einflussnahme die Staatsgeschäfte lenken, indem sie die zwei höchsten Staatsämter begleiten. Vorbei scheint die ehemalige Konkurrenz und bittere Feindschaft, vergessen die angeblich vorhandenen konträren politischen Überzeugungen von prowestlich-demokratisch versus prorussisch-autokratisch, sollten sie so je bestanden haben. Das Bonmot zu dieser Modernisierungsveranstaltung all jener Oligarchen, die die Ukraine über Jahrzehnte in den wirtschaftlichen Ruin getrieben haben, ist die Einbindung von acht »Senior Advisors« – darunter so renommierte Expolitiker wie der Ex-SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, der britische Ex-Minister Peter Mandelson, der Ex-EU-Kommissar Günter Verheugen und der anderen mehr – in diese Reformagentur, so dass selbst der *Spiegel* mit Blick auf die oligarchischen Finanziere nicht umhin konnte anzumerken: »Kann das gut gehen? Werden die Wölfe zu Vegetariern – und zahlen gut dafür?«² Zumindest sind die Milliardenkredite, die die Ukraine schon im vergangenen Jahr vom IWF und der EU erhalten hat, in dunklen Kanälen versickert und zweckentfremdet worden. Außerdem sind laut dem Statistischen Bundesamt der Ukraine Ende 2014 90,6 Prozent aller ukrainischen Investitionen nach Zypern geflossen, was besagt, dass die ukrainischen Oligarchen ihre in der Ukraine erzielten Gewinne hemmungslos in Steueroasen bunkern. Und dieselben Oligarchen sollen nun mit mittelbarer Unterstützung der EU – ausgedrückt in genanntem Beraterstab und einer anvisierten EU-Anschlussfinanzierung – das korrupte Steuer-, Wirtschafts- und Rechtssystem auf Kosten ihres eigenen oligarchischen Geschäftsmodells reformieren helfen?

Die Langlebigkeit des Opportunismus

In einem bemerkenswerten Artikel in der *Le Monde Diplomatique* vom 10.10.2014 charakterisiert Klaus Müller die »Clans der Ukraine«, die ab 2005 mittels Übernahmen und lukrativen Zusammenschlüssen das Land endgültig unter sich aufgeteilt und sämtliche politischen Schlüsselämter erobert hätten, als im Grunde transpolitisch und frei von Überzeugungen, zumal, wenn man deren Praktiken an den Maßstäben der immer wieder ins Spiel gebrachten EU-Werte-Kompatibilität messen würde: International vernetzt, in geschäftlichen Angelegenheiten von internationalen Unternehmensberatern und Rechtsanwälten etwa in London und New York vertreten, hatten und haben die Oligarchen die Leitung des Außen-, Energie- und Verteidigungsministeriums und der Zollbehörde, »aber auch den Vorsitz in wichtigen parlamentarischen Ausschüssen« inne, und das unabhängig davon, ob sie ihre Geschäfte vornehmlich vom prowestlichen Westen oder dem prorussischen Osten aus betreiben. Daraus schließt Klaus Müller: »Von einer proeuropäischen Politik der Orangen Koalition – im Gegensatz zu einer prorussischen Orientierung der vorangegangenen wie der folgenden Regierung – kann also kaum die Rede sein. Denn auch die außenpolitischen Optionen waren stets von Investitionsinteressen der Industriegruppen instruiert ... Angesichts des vorherrschenden Opportunismus wäre es also trügerisch, die parteipolitische Szenerie der Ukraine in starre innen- und geopolitische Lager einzuteilen. Der ›westliche‹ Präsident Juschtschenko hatte 2005 kein Problem, Janukowitsch den Weg zur Rückkehr an die Macht zu ebnen, auf Kosten Timoschenkos. Und Poroschenko war Gründungsmitglied der Partei der Regionen und 2001 deren stellvertretender Vorsitzender ... Noch 2012 fungierte Poroschenko als Wirtschaftsminister unter Janukowitsch.«³

Während in der westlichen Wahrnehmung die Eigenarten und Flüchtigkeiten der innerukrainischen Machtspiele unter der dichotomischen, weil so bequemen und für die eigenen Zwecke brauchbaren Aufteilung prowestlich-demokra-

tisch versus prorussisch-autokratisch ventiliert wurden, setzt in der Ukraine ein Jahr nach dem »Umbruch« zunehmend Ernüchterung ein: Höchst realsymbolisch wurden vom Bürgermeister Kiews, Witali Klitschko, die Relikte und Erinnerungsreste des Maidan geräumt und die politische Macht von denjenigen übernommen, die schon früher in irgendeiner Weise Mitspieler des Systems waren. Es war nicht der später in den Monaten März/April begonnene Feldzug der ukrainischen Armee gegen den separatistischen Aufstand im Osten der Ukraine, der aus pragmatischen Gründen die »Technokraten der Macht« statt der erwarteten Vertreter der ukrainischen Zivilgesellschaft in die politischen Führungspositionen spülte, sondern eine systemimmanente Spielart oligarchischer Herrschaft, die mit der neuesten, zwar von der EU mit einigem Argwohn unterstützten, aber von genannten Oligarchen finanzierten Reforminitiative letztlich nur verlängert und – so ist zu befürchten – munter fortgesetzt wird.

Dazu passt, dass die Kosten des Bürgerkriegs in Gestalt erhöhter Steuern (darunter Kriegssteuern), steigender Preise und in Gang gesetzter allgemeiner Sparprogramme auf die zunehmend kriegsmüde werdende Bevölkerungsmehrheit abgewälzt werden. Die patriotisch und mit viel nationalistischem Getöse betriebene »Ukrainisierung der Ukraine« scheint einer um sich greifenden Ernüchterung und Desillusionierung Platz zu machen. Auch wird die von beiden Konfliktparteien betriebene Freund-Feind- und Täter-Opfer-Propaganda angesichts der durch Organisationen wie Human Rights Watch und OSZE festgestellten beidseitigen Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nur für ausländische Beobachter, sondern auch für die ukrainische Bevölkerung zunehmend unglaubwürdig. Ähnlich wie Russland, das seine innenpolitischen Versäumnisse und Fehler reflexartig mit den Machinationen eines ihm feindlich gesonnenen Auslands wegzuerklären versucht, werden die maßgeblichen ukrainischen Politiker nicht müde, interne, hausgemachte Probleme mit Verweis auf den äußeren Gegner in Moskau als unvermeidlich hinzustellen. Dieses eingeübte Muster gegenseitiger

Schuldzuschreibungen wird fatalerweise von ausländischen Akteuren genutzt, wenn nicht gar befeuert und dadurch am Leben erhalten. Hier nun greift das Räderwerk der Interessen ein, für die die Ukraine und deren Bevölkerung nur das Mittel und der Hebel zur Verwirklichung höchst eigener Interessen sind.

Risse im arbeitsteiligen transatlantischen Bündnis ?

Ohne auf die jeweiligen Instrumentalisierungsereignisse im Einzelnen einzugehen⁴ – auf die schon in den April- und Juli/August-Ausgaben 2014 von DIE DREI hingedeutet wurde⁵ –, sei doch auf einen aktuellen Vorgang hingewiesen, der einiges Licht auf den unterschiedlichen Umgang EU-Europas und der USA mit dem Ukraine-Konflikt, auf die Verwendung Konflikt schürender Propaganda und auf die hemmungslose Instrumentalisierung der Lage vor Ort werfen kann: Gemeint ist der nunmehr offen ausgetragene Streit zwischen der Bundesregierung und US-Hardlinern darüber, wie zum einen die Informationspolitik über den Bürgerkrieg im Osten der Ukraine zu handhaben und wie das zwischen Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland verabschiedete, friedensstiftende Minsk II-Abkommen politisch zu begleiten sei. In ungewöhnlicher Offenheit und Klarheit weist der *Spiegel* (Nr. 11 vom 7.3.2015) an zahlreichen Beispielen nach, wie Nato-Oberbefehlshaber Breedlove – mit der berühmten US-Diplomatin Victoria Nuland und einer machtvollen außenpolitischen Fraktion neokonservativer US-Hardliner im Bunde – Desinformationspolitik im großen Stil betreibt, was die russische Militärpräsenz im Osten der Ukraine betrifft. Es heißt da im *Spiegel*-Artikel unter der lapidaren Überschrift *Immer wieder Kopfschütteln*: »Die Bundesregierung ist besorgt. Wollen die Amerikaner die von Kanzlerin Angela Merkel angeführten europäischen Vermittlungsbemühungen in der Ukraine hintertreiben? Von »gefährlicher Propaganda« ist im Kanzleramt die Rede ... Zudem falle auf, dass Breedlove seine Meldungen häufig dann in die Welt setze, wenn man im schwierigen Friedensprozess einen Schritt vorangekommen sei.« Und zur Bekräftigung des Ganzen: »Nach

Besuchen amerikanischer Politiker oder Militärs in Kiew fällt in Berlin regelmäßig auf, dass die ukrainischen Gesprächspartner plötzlich ganz anders aufgestellt seien: sehr viel kriegerischer und optimistischer, dass die ukrainischen Streitkräfte den Konflikt militärisch für sich entscheiden können.«

Während die US-amerikanische Außenpolitik eine Destabilisierung der Ukraine mittels einer forcierten Militarisierung des Konflikts mit dem Ziel des »Regime Change« in Russland in Kauf nimmt, verfolgen Deutschland und Frankreich die Doppelstrategie des jeweiligen Einsatzes von Wirtschaftssanktionen bei gleichzeitiger Verhandlungsbereitschaft mit Russland, letztlich mit dem Ziel einer Stabilisierung und Befriedung der Lage in der Ukraine. Aus dieser Perspektive ist ein Regime Change in Russland ein Spiel mit dem Feuer. Nicht die Sympathie mit Putins Russland, auch nicht die Einsicht in eigens begangene Fehler und Unterlassungen beim Aushandeln des EU-Assoziierungsabkommens, sondern die Ungewissheit und Furcht davor, was nach Putin kommen möge, treibt die um eine friedliche Lösung bemühte Politik Frankreichs und Deutschlands an – trotz aller Störfeuer aus Übersee, England, Polen usw.

Die jetzige Konstellation ist so neu nicht und entspricht der zu Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak 2003, mit dem die Regime Changes im arabischen und die Rosen-, Tulpen- und Orangen Revolutionen im osteuropäischen und zentralasiatischen Raum eingeläutet wurden. Dabei wäre, um auf die Ukraine zurückzukommen, eine Beilegung des Konflikts im Sinne der Vorschläge des Altdiplomaten Henry Kissinger, des Altkanzlers Helmut Schmidt und – das ist erstaunlich – des Oligarchen Pintschuk möglich: Letzterer hatte am 14. September 2014 beim Davoser Wirtschaftsforum in Genf, gemeinsam mit einer paritätisch besetzten Gruppe von Vertretern internationaler Konzerne aus der Ukraine, Deutschland, Russland und den USA, eine Friedensinitiative mit folgender Erklärung initiiert: Eine Dezentralisierung, sprich Föderalisierung der Ukraine, Sprachenrechte für den russisch sprechenden Osten, Minderheitenschutz und eine bündnis-

politische Neutralität nach Schweizer oder finnischem Vorbild wurden eingefordert. Damit wäre eine gangbare, der Lage und Funktion der Ukraine angemessene Zukunftsperspektive jenseits von Bürgerkrieg und geopolitischen Händen vorhanden gewesen.

Eingang in die offizielle Politik haben diese Vorschläge bisher nur ansatzweise im Rahmen des Minsk II-Abkommens gefunden. Solange die USA, aber auch Russland nicht von ihrer verhängnisvollen Geopolitik lassen, ist weder ein innerer Frieden in der Ukraine noch eine gesamteuropäische Friedensordnung in Sicht. Deren Errichtung im Geiste der von Gorbatschow entworfenen Vision eines gemeinsamen europäischen Hauses wurde im Taumel des Sieges, den man im Kalten Krieg im Gefolge der Implosion der Sowjetunion und des Warschauer Pakts errungen zu haben glaubte, versäumt. Auch wurde die Idee einer Zone freien Waren- und Personenverkehrs, die sowohl die EU und die mit ihr assoziierten Staaten als auch die von Russland angeführte Eurasische Wirtschaftsunion umfassen würde, im Westen nicht aufgegriffen, obwohl sie vom angeblich so geschätzten Expräsidenten Medwedew eingebracht wurde. Dies mitsamt der sukzessiven Nato-Osterweiterung und der auf atomare Unverwundbarkeit und Erstschlagkapazität zielenden Raketenabwehr trugen zu einer schrittweisen Verhärtung der Position Russlands bei, dem mit dem Wegfall der Ukraine die Felle davonzuschwimmen drohen. Der schrille Patriotismus, der aus Russland kommend die angrenzenden Staaten in die Arme der US-Hardliner treibt, korreliert mit einer auf Totalhegemonie ausgerichteten US-Politik, die EU-Europa mit seinen transatlantischen Eliten auf der einen und seinen eurozentrischen Anhängern auf der anderen Seite auseinanderzuidividieren droht.⁶ Hoffnungsvoll zeigen sich – eingezwängt zwischen überseeischem und russischem Gebaren – erste Anzeichen einer eigenständigeren europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Dieser ist klar: Ohne die Einbeziehung Russlands und der Ukraine ist eine gesamteuropäische Friedensordnung nicht zu haben. Klar ist auch: Alle Störfeuer haben nur das Gegenteil zum Ziel.

Anmerkungen:

1 Ausführliche Informationen dazu bietet Stephan Meusers Studie, herausgegeben von der Friedrich Ebert Stiftung im Januar 2015, mit dem Titel *Der »Euromaidan« – ein Jahr danach*. Darin wird unter anderem mit folgenden Worten auf den Bericht der Venedig-Kommission des Europarats Bezug genommen: »Drittens kritisiert die Kommission die Nicht-einbeziehung der ukrainischen Zivilgesellschaft in den Erarbeitungsprozess [der Reformen, d. Verf.], was angesichts der angeblichen »Revolution« eben jener Zivilgesellschaft einige Monate zuvor schon eine äußerst bemerkenswerte Einschätzung ist.«

2 *Der Spiegel*, Nr.11/7.3.2015: *Vegetarische Wölfe*.

3 In der unter Anmerkung 1 genannten Studie heißt es: »Gegenüber den Tendenzen einer tatsächlichen personellen Umwälzung in der ukrainischen Politik dominieren aber weiterhin, auch ein Jahr nach dem »Euromaidan«, die alten Strukturen, die das innenpolitische Spiel des letzten Vierteljahrhunderts bereits weitgehend prägten ... Nahezu 95 Prozent dieses Personals, abzüglich des geflohenen Präsidenten ... hatte schon vor der angeblichen »Revolution der Würde« ähnliche Posten inne ... Es ist angesichts dieser personellen Kontinuität daher schwer einzusehen, woraus sich der Optimismus vieler westlicher Beobachter konkret speist, die nun eine »pro-europäische Ära« in der Ukraine heraufziehen sehen.«

4 Inzwischen ist eine Fülle einer sich mit diesen Fragen auseinandersetzen Literatur erschienen. Die wichtigste: Ronald Thoden, Sabine Schiffer (Hg.): *Ukraine im Visier*, Frankfurt 2014; Jörg Kronauer: *Ukraine über alles*, Hamburg 2014; Peter Strutyński (Hg.): *Die Ukraine, Russland und der Westen*, Köln 2014; Wolfgang Bittner: *Die Eroberung Europas durch die USA*, Jerusalem 2014; Mathias Bröckers, Paul Schreyer: *Wir sind die Guten*, Frankfurt 2014.

5 Gerd Weidenhausen: *Testfall Ukraine und Ukraine – Zwischen Manipulation und Verdrängung*.

6 So vermeldet die FAZ vom 12.3.2015 unter *Spannungen zwischen Westen und Russland wachsen* die mangelnde Bereitschaft auf amerikanischer Seite, an Russland Signale der Zurückhaltung zu senden. In derselben Ausgabe wird Altkanzler Schmidt mit der Forderung zitiert, mehr »Verständnis für Putin« aufzubringen, andernfalls sei »nicht völlig ausgeschlossen«, dass aus dem Konflikt um die Ukraine »sogar ein heißer Krieg wird«.